

RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

44. Stadtverordnetenversammlung vom 5. März 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 2/08

► Potsdam-Museum ► Garagen ► Uferwege

Ab 2011 schuldenfrei?

In der März Sitzung legte die Verwaltung das Haushaltspaket für 2008 vor. Freudig teilte der OB mit, dass es gelungen sei, erstmals einen ausgeglichenen Haushalt zu erarbeiten. „Konsolidierung kann erfolgreich sein“, so Jakobs. Es gäbe zwar wieder Fehlbeiträge, der Schuldenabbau stehe ebenfalls auf der Agenda aber schon mit dem Entwurf 2008 könne die Stadt „auf Bedarfe eingehen“, die man in den letzten Jahren so nicht berücksichtigen konnte. Dies veranlasste den Linksfraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Scharfenberg zu der Nachfrage, wieso der Auftrag der StVV, Regelungen für eine kostenlose Schulschulversorgung zu schaffen, sich nicht aus dem vorgelegten Entwurf erschließe. Es ist schön, so Scharfenberg, eine schwarze Null zu haben, dies dürfe aber nicht deswegen zustande kommen, weil eingegangene Verpflichtungen nicht erfüllt würden. Darauf Jakobs: Wir wären schlecht beraten, etwas zu tun, was das Land regeln müsse. Die LINKE wird diesen Prozess aufmerksam begleiten. In Bezug auf die gegenwärtige Bodenreform-

landdebatte, zu der der Kämmerer mitgeteilt hatte, dass auch in Potsdam im Jahr 2000 (damals war Mathias Platzeck OB) auf Bitten der Landesregierung in 64 Fällen angestrebt wurde, das Land Brandenburg als Eigentümer in die Grundbücher einzutragen. Dies wurde dann in 12 Fällen vollzogen. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach den Auswirkungen dieses Gesetzesverstoßes. Dazu blieb man ihm mit Verweis auf die Zuständigkeit des Landes eine konkrete Antwort schuldig. Da der OB in seinem Bericht auch von der anstehenden „historischen Aufgabe“ – der Gestaltung der Potsdamer Mitte – gesprochen hatte, stellte Hans-Jürgen Scharfenberg fest, dass durch die Ablehnung eines entsprechenden Dringlichkeitsantrages der Linksfraktion eine Chance verpasst worden sei, zu erklären, was im Zusammenhang mit den Bauarbeiten alles auf die Bürger zukommt. Dies wies Jakobs mit dem Verweis auf einen Flyer, „der allen Haushalten zur Verfügung gestellt“ worden sei und auf laufende Bürgerversammlungen zurück.

Verschiebepark

Im Zusammenhang mit dem Bericht der Ausländerbeauftragten tauchte erneut das Problem des Kommunalwahlrechts für ausländische Mitbürger auf. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach, was aus dem Auftrag an den OB geworden ist, sich auf Landesebene für eine entsprechende Bundesratsinitiative stark zu machen. Jakobs reagierte scharf und forderte den Linksfraktionsvorsitzenden auf, diese Debatte auf dem Brauhausberg und nicht in der Friedrich-Ebert-Straße zu führen. Womit wieder einmal deutlich wurde, dass ein gemeinsames Vorgehen von Stadt und Land in dieser Frage vom OB nicht befördert wird. Obwohl dies dringend erforderlich

wäre. Denn Rheinland-Pfalz und Berlin streben im Rahmen einer Bundesratsinitiative an, dass alle in Deutschland wohnenden Ausländer bei Kommunalwahlen wählbar und wahlberechtigt sein sollen. Brandenburg lehnt dies ab. Da der OB von der StVV auf Antrag der Linksfraktion beauftragt worden war, sich im Land für ein solches Gesetz stark zu machen, fragte Hella Drohla, DIE LINKE, nach dem Engagement des OB in dieser Sache. Der Kämmerer wollte dem, was zuvor der OB gesagt hatte nichts hinzufügen. Dennoch schränkte Jakobs seine vorherige Aussage etwas ein und versicherte, dass er sich dafür engagiert habe und es weiter tun werde.



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

Im Jahr 2008 wird die sachliche Diskussion um die Durchsetzung von Interessen der Bürgerinnen und Bürger schwieriger. Der Kommunalwahlkampf wirft seine Schatten voraus, was sich u. a. davon ableiten lässt, dass den Bündnisgrünen „aufgefallen“ ist, dass meine Fraktion angeblich die Tagesordnung der StVV manipuliert, indem sie die Reihenfolge der Tagesordnung beeinflusst. Die dazu aufgemachte erregte Debatte war so unsinnig wie unergiebig, denn fest steht nun mal, dass alle Anträge, die fristgerecht beim Büro der Stadtpräsidentin eingereicht werden, behandelt werden. Entscheidend ist das Ergebnis der jeweiligen Sachberatung. Dennoch haben wir eine rechtliche Überprüfung der Praxis der Antragseinreichung gefordert.



Dennoch konnten wir Vieles erreichen. Nach dem der Investor für das Brockesche Haus von seinen Plänen abgerückt ist, wird das Potsdam-Museum, Geschichte und Kunst, nach Abschluss der Sanierung in das Alte Rathaus umziehen. Fast alle der von uns dazu geforderten Bedingungen wurden in den Kompromissantrag aufgenommen. Auch konnten wir erreichen, dass der Uferweg im Bereich der Speicherstadt fortgeführt wird. Trotz der Widerstände aus den Reihen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und dem BürgerBündnis ist es uns endlich gelungen, die 750 Garagen am Schäferfeld zu sichern. In den nächsten zwei Monaten werden wir uns intensiv mit dem Haushalt für das Jahr 2008 beschäftigen und alles daran setzen, das undurchsichtige Zahlenwerk für alle transparenter zu machen. Sie können sicher sein, dass wir den Finger auf jeden Posten legen und darauf drängen, dass das Erreichte stabilisiert und in den Bereichen städtische Gesamtentwicklung, Bildung, Kultur und Kinder- und Jugend- und Sozialarbeit fortgesetzt werden kann. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Osterfest

*Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL*



Angenommen

Uferweg kommt

Nachdem auf Antrag der Linksfraktion eine Möglichkeit gefunden worden war, den Uferweg über das Gelände der Speicherstadt weiterzuführen, stimmte DIE LINKE dem Speicherstadt-Rahmenvertrag zu. Ohne den Einsatz der LINKEN wäre der freie Uferweg nicht zustande gekommen.

Schäferfeldgaragen bleiben erhalten

Die rund 750 Garagen im Schäferfeld am Stern – das ist das größte Garagenareal der Landeshauptstadt – bleiben auf Antrag der Linksfraktion für mindestens 15 Jahre erhalten. Dem Mehrheitsbeschluss der StVV (17 LINKE, 4 CDU, 1 SPD und 2 Familienpartei) ging eine hitzige Debatte voraus, in der besonders Stadtverordnete der SPD darauf verwiesen, dass mit einem solchen Beschluss das noch zu erarbeitende Garagenkonzept der Stadt in Frage gestellt würde. Bisher hatte die Stadt geplant, auf dem Gelände Wohnungen zu bauen, was – so Dieter Scharlock, DIE LINKE, an dieser Stelle unsinnig wäre.

Rücknahme der Baugenehmigung

Die LINKE erreichte, dass für den heftig umstrittenen Lückenbau Lennestraße 44 in Potsdam West ein Verfahren zur Rücknahme der Baugenehmigung eingeleitet werden soll. Gleichzeitig soll der OB die materiellen und rechtlichen Folgen eines solchen Verfahrens ermitteln sowie die Verantwortlichkeit für die falsch erteilte Baugenehmigung durch einen externen Gutachter klären lassen. Um Konflikte, die sich aus dem Paragraphen 34 des Baugesetzbuches ergeben können, künftig rechtzeitig zu entschärfen, erinnerte Ralf Jäkel die Verwaltung an deren Vorschlag, die Bauausschussmitglieder künftig rechtzeitig vor einer Entscheidung über kritische Projekte zu informieren.

Vergabeverfahren für Espengrund-Gymnasium

Der OB muss auf Antrag der Linksfraktion zügig die Voraussetzungen für die Ausschreibung des Gebäudes des Espengrund-Gymnasiums schaffen. Dabei sind innerhalb des rechtlich zulässigen Rahmens neben wirtschaftlichen Kriterien auch die

Belange der Schulentwicklungsplanung angemessen zu berücksichtigen. Haupt-Bildungs- und Bauausschuss sind in die Festlegung der vorgesehenen Rahmenbedingungen der Ausschreibung einzubeziehen.

Fusion von Förderschulen

Der kräftezehrende Kampf von Eltern, Schülern, Bürgern und der Verwaltung um die Rettung der Krüss-Schule könnte beendet werden, so Hella Drohla, DIE LINKE, denn die Stadtverordneten folgten dem Antrag ihrer Fraktion, die Zusammenlegung der Förderschule James Krüss mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt Sprache und der Wilhelm-von-Türk-Schule mit dem Schwerpunkt Hören und Sprache zum Schuljahr 2008/2009 umzusetzen.

Kunst im Alten Rathaus

Karin Schröter begründete den Antrag der Linksfraktion, bei der Sanierung des Alten Rathauses die im Innern des Gebäudes vorhandene baugebundene Kunst zu schützen und zu erhalten. Auch der Forderung, den Haupt- und Kulturausschuss in die entsprechenden Überlegungen einzubeziehen, folgte die Mehrheit der Stadtverordneten.

Potsdam-Museum

Im Juni 2008 muss der OB auf Antrag der Linksfraktion der StVV ein langfristiges Personalentwicklungskonzept bis 2013 für das Potsdam-Museum einschließlich der Gedenkstätten vorlegen.

Darüber hinaus konnte die Linksfraktion auch durch das Engagement von Karin Schröter erreichen, dass die Verwaltungsvorlage zum Standort Altes Rathaus für das Potsdam-Museum dahingehend ergänzt wurde, dass bis Ende April 2008 ein abgestimmtes Nutzerbedarfs- und Funktionsprogramm für die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch das Potsdam-Forum und das Potsdam-Museum zu erstellen. Auf dieser Grundlage ist die derzeitige Sanierungsplanung zu überarbeiten, so dass noch in 2008 der Beginn erster Sanierungsmaßnahmen erfolgen kann und die Fertigstellung im Jahr 2011 gewähr-

leistet wird. Die Leitung des Hauses „Altes Rathaus“ in der Verbindung von Potsdam-Museum und Potsdam-Forum ist in eine Hand zu legen. Zur Sicherstellung einer hohen Qualität der Museumsarbeit ist die zweite Ausbaustufe für das Depot Hermannswerder zeitnah zu realisieren. Diese Ergänzungen fanden Eingang in den Konsensbeschluss der gesamten StVV.

OLG-Urteil

Die Linksfraktion will klare Aussagen des Oberbürgermeisters zum Umgang der Verwaltung mit dem Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf zu kommunalen Investitionen, so Hans-Jürgen Scharfenberg zur Begründung des von der StVV angenommenen Linksfraktionsantrags, den OB zu beauftragen, bis Mai 2008 einen Bericht über die Auswirkungen des Urteils und entsprechende Schlussfolgerungen vorzulegen.

Landesförderung

Der OB muss sich auf Antrag der Linksfraktion gegenüber der Landesregierung für die Förderung des für das Oberstufenzentrum II geplanten Mehrzweckgebäudes einsetzen, das auf Betreiben der Verwaltung aus dem Sanierungskonzept herausgenommen worden war. Dieses Mehrzweckgebäude wird jedoch nicht nur als Aula für das OSZ, sondern auch für das Wohngebiet Waldstadt II gebraucht.

Coolstes Rathaus

Im April muss der OB auf Antrag der LINKEN und der SPD darüber berichten, was die Prüfung für die Teilnahme der Stadt an dem von der Stiftung „Lebendige Stadt“ ausgelobten Wettbewerbs „Coolstes Rathaus“ ergeben hat.

Jugendklubersatz

Auf Antrag der Linksfraktion muss der OB die Unterstützung der gesamten Verwaltung für die Bereitstellung eines Ersatzes für den Jugendklub S 13 im Stadtzentrum gewährleisten. In Frage kämen beispielsweise das Fachhochschulgebäude oder die Brauerei. Sigrid Müller verwies darauf, dass sich ja möglicherweise ein Objekt finden könnte, in dem nur die Betriebskosten zu zahlen wären.



Abgelehnt

Garagen am Kiewitt

Knapp scheiterte die Linksfraktion mit ihrem Antrag, auch die Garagen am Kiewitt zu erhalten. Ralf Jäkel hatte eindringlich dafür geworben, zumal der größte Teil dieser Flächen bereits an die Eigentümer verkauft sei und es jetzt lediglich noch um Teilstücke ginge. Mit 19 zu 19 Stimmen, sprachen sich die Stadtverordneten dagegen aus, möglicherweise deshalb, weil damit der immer wieder diskutierte Bau der innerstädtischen Entlastungsstraße unmöglich wäre.

chen sich die Stadtverordneten dagegen aus, möglicherweise deshalb, weil damit der immer wieder diskutierte Bau der innerstädtischen Entlastungsstraße unmöglich wäre.

Splitterflächen

Mit 21 zu 22 Stimmen wurde der Antrag der Linksfraktion abgelehnt, die Übertra-

gung von städtischen Splitterflächen an Wohnungsunternehmen mit dem Ziel zu beschleunigen, diesen Prozess bis September 2008 abzuschließen. Siegmund Krause, DIE LINKE, hatte darauf verwiesen, dass es bereits im Jahr 2006 einen Beschluss gab, dieses Verfahren bis zum Ende 2006 abzuschließen.

() Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Auf die Frage von Dr. Karin Schröter, DIE LINKE, unter welchen Konditionen Vereinen für das Sammeln von Spendengeldern für die Stadtschlossfassade geeignete Räumlichkeiten im Alten Rathaus zur Verfügung gestellt werden, antwortete die Beigeordnete, dass vier Vereine zwei Räume „zu den laufenden Betriebskosten“ nutzen. Was nichts anderes bedeutet, als dass diese dort mietfrei agieren können. Dieses Recht sollten auch andere Vereine bekommen.

()

Jana Schulze, DIE LINKE, fragte auf welcher Grundlage Integrationsmaßnahmen für Beschäftigte oder Selbständige mit zu geringem Einkommen durch die PAGA stattfänden. Die Sozialbeigeordnete meinte, dass dies nicht der Fall sei. Wenn es dafür wirklich Beispiele gäbe, solle man direkt mit der PAGA kommunizieren.

()

Zu welchen Ergebnissen die Gespräche zur Nachnutzung der ehemaligen Aral-Tankstellen-Liegenschaft in der Neuendorfer Straße geführt haben, fragte Jana Schulze. „Zu gar keinem“, sagte der OB. Der Eigentümer habe nicht vor, die Fläche zu veräußern. Er wolle sie vermieten oder verpachten, es sei nicht ausgeschlossen, dass dort wieder eine Tankstelle platziert werde. Ein Zeitpunkt sei jedoch noch nicht absehbar.

()

Welche Einnahmen die Stadt durch ordnungsrechtliche Verfügungen wegen Parkens außerhalb der zulässigen Nutzungszeiten auf dem Parkplatz im Kirchsteigfeld (ehemaliger Marktplatz) habe, wollte Jana Schulze wissen. Die zuständige Beigeordnete verwies darauf, dass dazu keine gesonderte Statistik geführt werde. Außerdem lägen die erfragten Zeiträume außerhalb der Arbeitszeit der Ordnungshüter. Der Hinweis von Jana Schulze, dass die Mitarbeiter des Ordnungsamtes doch auch am Wochenende – also außerhalb der

regulären Arbeitszeit – in der Innenstadt aktiv seien, brachte ihr den Rüffel ein, dass der Verwaltungsaufwand für zusätzliche Kontrollen im Kirchsteigfeld „unverhältnismäßig“ sei.

()

Warum die bisher zum Parken genutzten Flächen an der ehemaligen „Blechbüchse“ nicht weiter – zumindest befristet – genutzt werden können, fragte Dr. Sigrid Müller, DIE LINKE. Dies sei deswegen nicht möglich, so die Baubeigeordnete, weil es endlich losginge in Potsdams Mitte. Man bräuchte diese Flächen als Baustelleneinrichtungsstellen. Rund um die Mitte gäbe es genügend Parkhäuser.

()

Die zwischen Bornim und Eiche gelegene Herzbergstraße endet am Abzweig des Wohnweges „Am großen Herzberg“ im Wald bzw. zwischen Weideflächen, auf denen Ortsunkundige Verkehrsteilnehmer regelmäßig wegen der irreführenden Beschilderung landen würden, so Ralf Jäkel, DIE LINKE. Seine Bitte, dies zu verändern, wurde aufgegriffen und – so die zuständige Beigeordnete, in Kürze verändert.

()

Seit einem Jahr setzt sich Ralf Jäkel für das Anbringen von Fahrradständern beim Bahnhof Charlottenhof ein. Auf seine Nachfrage sicherte die Baubeigeordnete zu, dass dies noch im zweiten Quartal 2008 erfolgen werde. Die Ständer würden bereits im Bauhof liegen.

()

Auf die Frage von Ralf Jäkel nach den Nutzungsabsichten des neuen Eigentümers für die Liegenschaft der Kiewitt-Kaufhalle sagte die Baubeigeordnete, dass der Verwaltung bekannt sei, dass ein Verkauf stattgefunden habe. Bislang liege jedoch kein Bauantrag vor, die Wiederaufnahme eines Einzelhandels sei jedoch nicht explizit nachgefragt worden. Sobald nähere

Informationen vorliegen, würde der Bauausschuss es erfahren.

()

Ob vorgesehen sei, das Straßenstück Wilderstraße von der Ziolkowskistraße zur Jagdhausstraße zum Besuch des Ärztehauses zu verfestigen, fragte Dieter Scharlock, DIE LINKE. Die Baubeigeordnete verwies darauf, dass derzeit keine Investitionsversprechen machbar seien, zumal dies eine öffentliche Straße ohne Befestigung sei. Für den Ausbau bedürfte es der Zustimmung (und Kostenbeteiligung) der Anwohner. Wenn der Frost weg sei, würde man jedoch im Rahmen der Gefahrenabwehr die Straße wieder „glatt machen“.

()

Welche Ergebnisse die Stadt zur Beseitigung des Missstandes auf dem Gelände der ehemaligen minimal-Kaufhalle am Keppeler-Platz erzielt habe, fragte Dieter Scharlock. Die Baubeigeordnete meinte, dass man schon mehrfach darüber informiert habe, dass es mangels Investoreninteresse keine Fortschritte gäbe. Die Liegenschaft sei aber Bestandteil der Stadtachse Drewitz-Stern über deren Entwicklung die Verwaltung in der Maisitzung der StVV berichten werde. Auf die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, ob und wann es dazu Gespräche mit der REWE-Gruppe gegeben habe, sagte die Baubeigeordnete, dass es Gespräche gegeben habe, die genauen Daten dazu werde sie nachreichen.

()

Ralf Jäkel fragte erneut danach, wie die Verwaltung die Einhaltung der beschlossenen Prämissen für alle Verkehrsteilnehmer während der Zeitdauer des Landtagsneubaus in der Potsdamer Mitte sicherstelle. Dazu meinte die Baubeigeordnete, dass „wir mit unseren 20 Monaten durch sind, wenn der Landtag zu bauen beginnt. Die Konzeption für die Bau- und Verkehrslogistik sei zudem Bestandteil des Genehmigungsverfahrens, so die Beigeordnete.

Zur Wiedervorlage

Enteignungsverfahren

Ob – wie von der Linksfraktion gefordert – zur Sicherung der durchgängigen öffentlichen Begehbarkeit des Uferweges am Griebnitzsee und zum Vollzug des B-Planes in Hinblick auf die öffentlichen Grünflächen für die Fälle, in denen sich die Stadt mit den Grundstückseignern nicht einigen kann, Enteignungsverfahren vorbereitet und wenn erforderlich unverzüglich eingeleitet werden sollen, wird im Hauptausschuss weiter debattiert. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte, dass die

Sicherung der öffentlichen Begehbarkeit für künftige Generationen das äußerste Mittel, die Enteignung, einschließt.

Weiterhin diskutieren die Ausschüsse die Anträge der Linksfraktion,

- eine „Unabhängige Sozialberatung“ im Haus der PAGA einzurichten;
- die Hundesteuersatzung rückwirkend ab 1. Januar 2008 dahingehend zu ändern, dass für jeweils einen Hund der von Bedarfsgemeinschaften oder Personen, die diesen gleichstehen, eine Steuerbefreiung erfolgen soll;

- die Plastiken des öffentlichen, die bisher auf dem Areal der Schwimmhalle platziert waren, wieder in die Gestaltung der Außenflächen einzubeziehen und die baugebundene Kunst an der zu sanierenden Schwimmhalle zu erhalten;
- die Kosten für das Mittagessen behinderter Beschäftigter in den Werkstätten für behinderte Menschen nicht aus dem Sachkostenpaket für die Eingliederungshilfe herauszulösen;
- dass der Tierheimbeirat seinen Tätigkeit bis zum Ende der Wahlperiode fortsetzen soll.

Rück- und Ausblicke

An dieser Stelle wollen wir in Erinnerung rufen, wofür sich die LINKE in dieser Wahlperiode engagiert hat.

Das Jahr 2004

Egal was im Jahr 2004 von den Linksozialisten auf die Tagesordnung gesetzt worden war, ob Nachbesserungen beim Thema Hartz IV, freier Zugang zum Griebnitzsee-Ufer, freier Eintritt in die Schlösserstiftungsparks, Sicherung von Ausbildungsplätzen, Zukunft des Luftschiffhafens, Sicherung der Schulsozialarbeit oder Übernahme von Zuzahlungen und Praxisgebühr im Rahmen ergänzender Leistungen der Hilfe – alles wurde – egal wie es schließlich ausging – ideologisiert und als „Landtagswahlkampf“ denunziert. Insbesondere Abgeordnete der CDU ließen es im Einklang mit dem Oberbürgermeister nicht nehmen, in unflätiger Weise verbal auf die PDS-Abgeordneten einzuprügeln.

■ Unablässig setzt sich die linke Fraktion für die freie Zugänglichkeit des Uferweges am Griebnitzsee ein. 2004 – dafür des Populismus bezichtigt – forderte sie vom OB, Verhandlungen zum Erwerb des Streifens aufzunehmen. Dies sahen auch mehr

als 4.000 Bürger so, die dies per Unterschrift gefordert haben. Zwar haben sich auch einige der 70 Anrainer bereit erklärt, nach erfolgtem privaten Ankauf der jeweiligen Grundstücke ebenfalls den öffentlichen Zugang zu erhalten und dies per Grundbucheintrag zu garantieren, doch Verträge, die durch Privatleute geschlossen werden, sind durch die Stadt kaum zu beeinflussen. Die CDU-Fraktion zog in der Debatte alle Register, um doch noch zu verhindern, dass der OB die Verhandlungen endlich aufnimmt. Sie schreckten nicht davor zurück, das Gespenst der Haftung jedes einzelnen Abgeordneten aufzumachen, haushalterische Probleme darzustellen und den Abgeordneten „in der Breite vorhandenes Halbwissen“ vorzuwerfen. Doch dieser Versuch scheiterte. Hans-Jürgen Scharfenberg: „Die Stadt muss auf Nummer sicher gehen und den Weg kaufen“. Bis ins Jahr 2008 halten die Probleme an. Eine endgültige Lösung gibt es noch nicht.

■ Im Jahr 2004 beginnt der lange Weg der Linksfraktion für die Sanierung bzw. den Neubau des Funktionsgebäudes des Off-Line-Klubs im Kirchsteigfeld. Zunächst wurde der OB auf ihren Antrag hin beauftragt, die Kosten zu ermitteln und diese in die Investitionsplanung der Stadt aufneh-

men sowie Fördermittel beim Land einzuwerben. Trotz dem war noch viel Engagement der Linken in den Folgejahren dafür nötig, dass das Projekt jetzt langsam Gestalt annehmen kann.

■ Nur zum Teil konnten sich die Linksozialisten mit ihrem Antrag durchsetzen, den OB zu beauftragen in Gesprächen mit der Schlösserstiftung darauf zu drängen, den Eintritt in die Parks der Stiftung weiterhin kostenlos zu ermöglichen. Trotz nachdrücklicher Werbung von Hans-Jürgen Scharfenberg, sich doch im Interesse der Potsdamer eindeutig für den Erhalt des eintrittsfreien Parkzugangs zu engagieren, blieb es bei der diffusen Formulierung, dass der OB in Gesprächen darauf hinwirkt, dass er neben den Bemühungen um die Sicherheit und Erhaltung der Parkanlagen die Belange der Potsdamer ausdrücklich berücksichtigt.

■ Künftig wird der OB mit seiner Verwaltung dafür sorgen, dass der Urwaldspielplatz in der Waldstadt kontinuierlich gepflegt wird. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte dies für die PDS beantragt, da die erhebliche Investition, die dieser Platz erfahren hat, nachhaltig Bestand hat.

■ Zwar konnten sich die Linken mit ihrer Forderung, die Erhebung von Abwasseranschlussgebühren bis 2007 auszusetzen nicht vollumfänglich durchsetzen, doch immerhin gelang es Ihnen zu sichern, dass vor allem den Alt-Drewitzern die Zahlung dieser bislang von ihnen durch die Wassergebühren mitfinanzierten Gebühren erspart wurde. Die Übergangsregelung galt bis zum Jahr 2006.

■ Nach gründlicher Diskussion im Hauptausschuss wurde der Vorschlag der PDS angenommen, dass die Landeshauptstadt einen lokalen Mobilitäts- und Zeitpakt ähnlich dem Bremer Vorbild entwickelt.

■ Der Oberbürgermeister musste – auf Antrag der PDS – die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Stadt Potsdam ihren Beitrag zur Erfüllung des Ausbildungspaktes leistet. Dies trotz dem die CDU der PDS vorwarf, mit ihrer „Staatsgläubigkeit“ keinerlei Verbesserung auf dem Ausbildungsplatzmarkt zu erreichen.

■ Für ihr Anliegen, den OB zu beauftragen, den Sportplatz am Stern unmittelbar in die Vorbereitung und Planung des Campus am Stern einzubeziehen, fand die PDS-Fraktion eine große Mehrheit. Der OB muss regelmäßig über die Finanzierung und die Zeitschiene für die Komplettsanierung des Schulcampus informieren. Erste Erfolge ihres Engagements sind jetzt sichtbar.

■ Die Linken setzten sich mit ihrer Forderung nach Erhalt der Suppenküche durch.

■ 4 Jahre vor Inkrafttreten des Nichtraucherschutzgesetzes setzte die Linksfraktion ein Rauchverbot im Stadthaus durch.

Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr, 17. und 31. März; 07. und 14. April 2008

45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal, 02. April 2008, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30 (Waldstadt II), 06. April 2008, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 2/2008

Stadthaus, Raum 3.107

11. bis 16. April 2008 (außer Sa. und So.)

Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

11. April 2008: 14:00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost
14:30 Uhr Keplerplatz, Am Stern
15:00 Uhr Rathaus, Babelsberg
15:00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II
16:00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz
12. April 2008: 10:00 Uhr Breite Straße, Markt-Center
10:00 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld
10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL am 11. März 2008 von 17 – 19 Uhr, im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter:

Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119